

Grünes Licht für neues Verkehrsregime

Die Stimmberechtigten von Rorschach und Goldach haben dem Projekt Autobahnanschluss Plus deutlich zugestimmt.

Rudolf Hirtl

Die Genugtuung stand Rorschachs Stadtpräsident Thomas Müller gestern Mittag ins Gesicht geschrieben, als er im Rathaus das Abstimmungsresultat verkündete. «Das Projekt Autobahnanschluss Plus wurde in der Stadt mit 1026 zu 846 Stimmen gutgeheissen», sagte er und ergänzte: «Die Region hat aus den vergangenen Jahren gelernt. Die Umsetzung grosser Projekte muss man dann packen, wenn die Chance dazu da ist.»

Ebenfalls am Tisch Platz genommen hatten die Gemeindepräsidenten der Nachbargemeinden. Die klare Zustimmung in Goldach, wo 2123 Ja-Stimmen 1148 Nein-Stimmen gegenüberstehen, gebe den Verantwortlichen in den drei Gemeinden recht, die für die Region zusammengestanden seien und eine gemeinsame Haltung gepflegt hätten, sagte Gemeindepräsident Dominik Gemperli.

Enge Zusammenarbeit hat sich ausbezahlt

«Mit der Zustimmung von 64,9 Prozent ist eine gänzliche Neuorganisation des Verkehrsregimes hier am See verbunden. Wir freuen uns sehr über das Resultat. Damit können wir Möglichkeiten schaffen, um das Zentrum von Goldach vom Verkehr zu entlasten.» In den vergangenen Monaten sei sehr emotional



Freuen sich über die Zustimmung: (von links) Sacha Bundi, Leiter Mobilität kantonales Tiefbauamt, Rorschachs Stadtpräsident Thomas Müller, die Gemeindepräsidenten Dominik Gemperli (Goldach), Raphael Frei von der IG-Mobil und Beat Hirs (Rorschacherberg). Bild: Rudolf Hirtl

diskutiert worden und es hätten sich leider Fronten gebildet, so Goldachs Gemeindepräsident weiter. «Es wird unsere Aufgabe sein, die zum Teil berechtigten Anliegen und Bedenken der Gegner bestmöglich im Projekt zu berücksichtigen.»

Rorschacherberg hatte bereits an der Bürgerversammlung im Frühling 1,5 Millionen Franken für das Projekt beschlossen. «Wir freuen uns sehr, dass nun auch Rorschach und Goldach den Schritt in die Zukunft ermöglichen», so Gemeindepräsi-

dent Beat Hirs. Der von Rorschacherberg gesprochene Beitrag habe eine gute Grundlage für die sonntägliche Zustimmung in den Nachbargemeinden geschaffen. Enttäuscht vom Abstimmungsergebnis zeigte sich der Verein «Kein 3. Auto-

bahnanschluss». Der Autobahnanschluss sei das Weiterführen einer veralteten und überholten Verkehrspolitik. Der Verein werde sich dafür einsetzen, dass die Umsetzung optimiert werde und so die Emissionen so klein wie möglich gehalten würden.

Kommentar

Den Anschluss geschafft

Befürworter und Gegner des neuen Autobahnanschlusses in Rorschach haben sich in den vergangenen Wochen nichts geschenkt. Seit der Auszählung der Stimmkarten wissen wir: Die Bevölkerung in Goldach und Rorschach hat sich mehrheitlich dafür entschieden, die Verkehrsproblematik mit dem Gesamtkonzept «Autobahnanschluss Plus» zu lösen.

Die deutliche Zustimmung ist ein Auftrag an die Verantwortlichen auf kommunaler und kantonaler Ebene, die im Vorfeld gemachten Versprechungen einzulösen. Der viel zitierte Satz «Es ist mehr als nur ein Autobahnanschluss» darf keine leere Floskel bleiben.

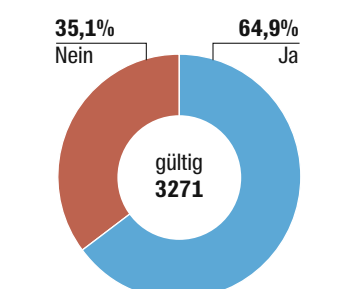
Das Ja vom Sonntag kann ein Meilenstein für die positive Entwicklung der ganzen Region Rorschach sein. Freilich nur dann, wenn die Begleitmassnahmen tatsächlich sicherstellen, dass die Verkehrsverlagerungen das Siedlungsgebiet entlasten.

Der neue Autobahnzubringer darf kein Freifahrtschein dafür sein, noch mehr Strassenverkehr zu generieren. Im Gegenteil: Der Fuss- und Veloverkehr wie auch der öffentliche Verkehr müssen eine übergeordnete Rolle in diesem Konzept spielen. Nur so ist eine nachhaltige Entwicklung für die nächsten Generationen sichergestellt.



Rudolf Hirtl
rudolf.hirtl@tagblatt.ch

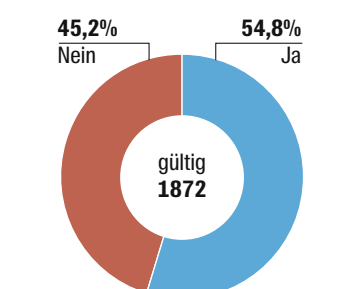
Autobahnanschluss Plus Goldach



Beteiligung 55,5%

Quelle: Gemeinde Goldach/Grafik: jbr

Autobahnanschluss Plus Rorschach



Beteiligung 46%

Quelle: Gemeinde Rorschach/Grafik: jbr



Insbesondere das Portal an der Sulzstrasse in Goldach ist heftig umstritten. Bild: PD

Autobahnanschluss und Entwicklungskonzept

Anbindung Das Gesamtprojekt «Autobahn plus» umfasst einen Autobahnanschluss (Bund), eine neue Kantonsstrasse zum See (Kanton) und Begleitmassnahmen in den Gemeinden Goldach, Rorschach und Rorschacherberg. Die Kosten sind von anfangs geschätzten 190 Millionen auf 315 Millionen Franken gestiegen: Voraussichtlich 108 Millionen kostet der A1-Anschluss Witen Goldach, 166 Millionen die Kantonsstrasse

zum See, 40 Millionen sind für Begleitmassnahmen vorgesehen. Ziel ist es, den Individualverkehr und den von der Industrie generierten Schwerverkehr möglichst rasch aus dem Siedlungsgebiet zu führen. Geschehen soll dies durch eine teilweise unterirdische Verkehrsführung. Durch die klare Zustimmung vom Sonntag kann nun die Detailplanung forciert werden. Als frühest möglicher Baubeginn gilt 2028. (rtl)

Gemeinden dürfen auf das Blättli verzichten

Gemeinden können neu ausschliesslich elektronisch informieren. Die Regierung sieht darin kein Problem.

Verschiedene St. Galler Gemeinden haben damit begonnen, ihre amtlichen Publikationen künftig nicht mehr als Anzeigen in der Lokal- oder Regionalzeitung zu veröffentlichen, sondern nur noch auf der elektronischen Plattform, die der Kanton seit dem 1. Juni anbietet. Damit sind nicht alle einverstanden. Es gebe Gemeinden, die ausschliesslich ein elektronisches Format und damit weder eine Zeitung noch ein Mitteilungsblatt nutzen wollten, stellte SVP-Kantonsrat Erwin Böhi in seinem im Mai eingereichten

Vorstoss fest. Damit werde aber nur ein Teil der Bürgerinnen und Bürger von Amtes wegen mit Informationen bedient. Es gebe weiterhin Bevölkerungskreise, die die elektronischen Medien nicht nutzen könnten oder wollten.

Publikationspflicht in Zeitungen abgelehnt

Der SVP-Kantonsrat wollte von der Regierung wissen, ob die Gemeinden, die ausschliesslich die neue elektronische Plattform nutzen werden, ihrer Informationspflicht gegenüber den

Stimmberechtigten «vollständig nachkommen». Er verweist auf die Bekanntmachung von neuen Reglementen, die dem fakultativen Referendum unterstehen.

Inzwischen hat die Regierung zum Vorstoss Stellung genommen. Für sie ist die Information der Bürgerinnen und Bürger Sache der Gemeinden. Vorschriften, wo und wie die Publikationen veröffentlicht werden müssen, lehnt sie ab. Eine Einschränkung der Gemeindeautonomie sei bei diesem Thema «nicht angezeigt», heisst es

dazu. Die Regierung verweist auf die Diskussionen im Parlament: In der vorberatenden Kommission sei der Antrag gestellt worden, die Gemeinden müssten dazu verpflichtet werden, die amtlichen Publikationen parallel auch in einer Tageszeitung zu veröffentlichen. Dieser Antrag sei dann aber klar abgelehnt worden, führt die Regierung aus.

Unter anderem habe man damals argumentiert, eine breite Information liege ja im Interesse der Gemeindebehörden, eine gesetzliche Verpflichtung

brauche es deshalb nicht. Und wie hält es der Kanton selber mit der Informationspflicht? Die amtlichen Publikationen würden rechtsverbindlich im Internet veröffentlicht, informiert die Regierung. Dies ermögliche «kostenlos und umfassend» einen gesicherten elektronischen Zugang zu den Informationen. Für Bürgerinnen und Bürger, die keinen Zugang zum Internet hätten, bestehe die Möglichkeit, «elektronische Publikationen auf Anfrage und im Einzelfall in gedruckter Form zu beziehen». (sda)

Auf Gehrer soll Kühne folgen

Kirchenparlament Das katholische Kollegium wählt morgen einen neuen Administrationsrat. Für Martin Gehrer soll Raphael Kühne Präsident werden. Zudem werden die sieben Sitze im Administrationsrats neu besetzt. Beraten wird dabei auch das Budget für 2020. Es geht von einer schwarzen Null aus. Der Finanzhaushalt wird entlastet, weil der erste Jahrgang der Schülerinnen und Schüler der katholischen Kantonsschule durch die Stadt St. Gallen finanziert wird. Dafür werden unter anderem höhere Aufwendungen für die Caritas St. Gallen-Appenzell budgetiert. (sda)